




## G7-Regierungen müssen handeln

G7-Regierungen müssen handeln  
- Gewerkschaften fordern menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit  
Anlässlich der G7-Präsidentschaft Deutschlands fordern Gewerkschaftsverbände aus mehreren Ländern, dass die G7-Regierungen die Verantwortung für menschenwürdige Arbeitsbedingungen entlang der weltweiten Wertschöpfungsketten übernehmen. Die G7-Staaten sind gemeinsam mit ihren international verflochtenen Unternehmen zentrale Akteure, wenn es darum geht, weltweite Arbeits- und Sozialstandards einzuhalten. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), der 176 Millionen Arbeitnehmer in 162 Ländern vertritt, fordert deswegen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, die deutsche Präsidentschaft dafür zu nutzen, sich für die Forderungen der Gewerkschaften einzusetzen.  
"Beim derzeitigen Lieferketten-Geschäftsmodell haben die Beschäftigten das Nachsehen. Wir brauchen ein neues Geschäftsmodell", sagte Sharan Burrow, Generalsekretärin des IGB. "Überall auf der Welt stoßen wir in Lieferketten auf Sklavenarbeit, informelle Beschäftigung, Hungerlöhne und gefährliche Arbeitsbedingungen. Multinationale Unternehmen müssen von den Regierungen ihrer Heimatländer für Missbräuche in ihren Lieferketten rechtlich belangt werden. Wir fordern die G7 und die G20 auf, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um diese inakzeptablen Geschäftspraktiken zu beenden." Es sollte Unterstützung für Investoren geben, die in menschenwürdige Arbeit in Lieferketten investieren, forderte Burrow. "Diejenigen, die in Unternehmen investieren, die gegen internationale Arbeitsnormen verstoßen, sollten zur Verantwortung gezogen werden."  
"Deutschland als eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt muss hier eine Führungsrolle übernehmen. In jedem Land muss ein existenzsichernder Mindestlohn gelten, und wir brauchen funktionierende Lohnfindungsmechanismen. Es kann nicht sein, dass hier Willkür herrscht, nur um das Geiz-ist-Geil-Denken in den reichen Ländern zu bedienen", sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die prekäre und lebensgefährliche Beschäftigung entlang der Lieferketten müsse thematisiert werden. "Wir brauchen Transparenz. Heute weiß jeder, ob ein T-Shirt aus Baumwolle ist, bei wieviel Grad es gewaschen werden darf und woher die Ananas stammt - warum schweigen wir über den Lohn der Näherin und die Gesundheit der Pflücker?" Die G7 hätten den politischen Einfluss, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. "Sie müssen dafür sorgen, dass die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte endlich erfolgreich umgesetzt werden. Deutschland kann und muss einen ambitionierten Nationalen Aktionsplan vorlegen und sollte die Messlatte hoch legen."  
"Hoffmann und Burrow forderten die G7-Regierungen auf, sofort bei dem Entschädigungsfonds für die Rana-Plaza-Opfer aktiv zu werden. Bei dem Einsturz der Textilfabrik in Bangladesch vor fast zwei Jahren starben 1134 Menschen, hunderte wurden verletzt. Dem Entschädigungsfonds fehlen aber derzeit neun Mio. US-Dollar. "Füllt den Fonds! Sofort! Alles andere wäre eine Schande", sagten Burrow und Hoffmann.  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 0049/30/24060-0  
Telefax: 0049/30/24060-324  
Mail: info.bvv@dgb.de  
URL: <http://www.dgb.de/>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_=590848](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=590848) width="1" height="1">

## Pressekontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/  
info.bvv@dgb.de

## Firmenkontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/  
info.bvv@dgb.de

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab. Er arbeitet auf internationaler Ebene im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit und vertritt die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei internationalen Institutionen wie der EU und der UNO. Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist - wie seine Mitgliedsgewerkschaften - pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB handeln mit den Arbeitgebern Tarifverträge, u.a. zu Einkommen, Arbeitszeiten, Urlaub aus. Im Falle eines Arbeitskampfes organisieren sie den Streik und zahlen den Mitgliedern Streikunterstützung. Sie helfen bei der Gründung von Betriebsräten, unterstützen die Beschäftigten bei betrieblichen Konflikten und vertreten sie bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber. Gewerkschaftsmitglieder genießen kostenlosen Rechtsschutz.